

Änderungsantrag 1

Dimitrios Papadimoulis, Patrick Le Hyaric, Matt Carthy, Lola Sánchez Caldentey, Marisa Matias, Stelios Kouloglou
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Bericht**A8-0383/2017****Jonás Fernández**

Jahresbericht 2016 der Europäischen Zentralbank
2017/2124(INI)

Entschließungsantrag**Ziffer 11***Entschließungsantrag**Geänderter Text*

11. ist der Auffassung, dass die EZB angesichts der derzeitigen Ineffizienzen der Kanäle zur Transmission der Geldpolitik für Preisstabilität sorgen muss, die laut dem EZB-Rat gewährleistet ist, wenn die Inflation unter, aber nahe 2 % liegt; ist der Auffassung, dass die EZB allerdings auch die Vorteile und Nebenerscheinungen ihrer Maßnahmen und dabei insbesondere jener der für die Zukunft geplanten Maßnahmen zur Bekämpfung der Deflation bewerten sollte; ist der Ansicht, dass sich die EZB auf eine klare und präzise Kommunikation ihrer geldpolitischen Maßnahmen konzentrieren sollte, damit für Sicherheit und Vertrauen auf den Finanzmärkten gesorgt ist;

11. ist der Auffassung, dass die EZB angesichts der derzeitigen Ineffizienzen der Kanäle zur Transmission der Geldpolitik für Preisstabilität sorgen muss, die laut dem EZB-Rat gewährleistet ist, wenn die Inflation unter, aber nahe 2 % liegt; ist der Auffassung, dass die EZB allerdings auch die Vorteile und Nebenerscheinungen ihrer Maßnahmen und dabei insbesondere jener der für die Zukunft geplanten Maßnahmen zur Bekämpfung der Deflation bewerten sollte; **ordnet die Festlegung eines Zielwerts für das nominale BIP als neues geldpolitisches Ziel ein**; ist der Ansicht, dass sich die EZB auf eine klare und präzise Kommunikation ihrer geldpolitischen Maßnahmen konzentrieren sollte, damit für Sicherheit und Vertrauen auf den Finanzmärkten gesorgt ist;

Or. en

Änderungsantrag 2

**Dimitrios Papadimoulis, Patrick Le Hyaric, Matt Carthy, Kateřina Konečná,
Lola Sánchez Caldentey, Marisa Matias, Stelios Kouloglou**
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Bericht**A8-0383/2017****Jonás Fernández**

Jahresbericht 2016 der Europäischen Zentralbank
2017/2124(INI)

Entschließungsantrag**Ziffer 19***Entschließungsantrag**Geänderter Text*

19. bedauert, dass in vielen Länder im Euro-Währungsgebiet nach wie vor eine hohe Arbeitslosigkeit herrscht, auch wenn die Arbeitslosenquote von 10,5 % (Dezember 2015) auf 9,6 % (Dezember 2016) zurückgegangen ist, und bedauert, dass die aggregierte Nachfrage im Euro-Währungsgebiet nach wie vor gedämpft ist, wobei es auch zu bedenken gilt, dass die anhaltenden Ungleichheiten in der EU einer soliden, inklusiven Wirtschaftsentwicklung abträglich sein können; fordert daher, dass Maßnahmen umgesetzt werden, um die Produktivität zu steigern, und dass der Schwerpunkt dabei auf Fertigkeiten gelegt wird, durch die weitere hochwertige Arbeitsplätze entstehen und Lohnerhöhungen erreicht werden;

19. bedauert, dass in vielen Länder im Euro-Währungsgebiet nach wie vor eine hohe Arbeitslosigkeit herrscht, auch wenn die Arbeitslosenquote von 10,5 % (Dezember 2015) auf 9,6 % (Dezember 2016) zurückgegangen ist, und bedauert, dass die aggregierte Nachfrage im Euro-Währungsgebiet nach wie vor gedämpft ist, wobei es auch zu bedenken gilt, dass die anhaltenden Ungleichheiten in der EU einer soliden, inklusiven Wirtschaftsentwicklung abträglich sein können; fordert daher, dass Maßnahmen umgesetzt werden, um die Produktivität zu steigern, und dass der Schwerpunkt dabei auf Fertigkeiten gelegt wird, durch die weitere hochwertige Arbeitsplätze entstehen und Lohnerhöhungen erreicht werden; ***fordert die EZB auf, im Hinblick auf die wirksame Bereitstellung von Geld oder Krediten an die Realwirtschaft Maßnahmen zu prüfen, die über die zinspolitischen Maßnahmen und den Ankauf von Anleihen hinausgehen;***

Or. en

Änderungsantrag 3**Nikolaos Chountis, Patrick Le Hyaric, Matt Carthy, Kateřina Konečná, Marisa Matias**
im Namen der GUE/NGL-Fraktion**Bericht****A8-0383/2017****Jonás Fernández**Jahresbericht 2016 der Europäischen Zentralbank
2017/2124(INI)**Entschließungsantrag****Ziffer 27***Entschließungsantrag**Geänderter Text*

27. nimmt zur Kenntnis, dass sich die aktuelle Niedrigzinspolitik zwar vorübergehend positiv auswirkt, was das Volumen an notleidenden Krediten angeht, für das hohe Risiko in Verbindung mit diesen Krediten allerdings eine strukturierte Lösung erforderlich ist; nimmt die Anstrengungen zur Kenntnis, die die EZB und der einheitliche Aufsichtsmechanismus im Bereich der Bankenaufsicht und der Unterstützung der Banken im Euro-Währungsgebiet unternehmen, insbesondere auch den Leitfaden der EZB für Banken zu notleidenden Krediten vom März 2017 und ihre Maßnahmen in Bezug auf einzelne Banken, sowie auch die Billigung des Aktionsplans durch den Rat (Wirtschaft und Finanzen) am 11. Juli 2017, die allerdings unbeschadet der Befugnisse des Parlaments in Bezug auf die Stufe 1 der Rechtsetzung erfolgte; weist darauf hin, dass im Hinblick auf die ordnungsgemäße Umsetzung des Aktionsplans des Rates gemeinsame Anstrengungen der Banken, der Regulierungs- und Aufsichtsbehörden sowie der nationalen Behörden erforderlich sind; fordert, dass sich die aktuellen Stresstests auf ausreichend große Bereiche erstrecken sowie methodische Relevanz und Robustheit aufweisen müssen;

27. nimmt zur Kenntnis, dass sich die aktuelle Niedrigzinspolitik zwar vorübergehend positiv auswirkt, was das Volumen an notleidenden Krediten angeht, für das hohe Risiko in Verbindung mit diesen Krediten allerdings eine strukturierte Lösung erforderlich ist; nimmt die Anstrengungen zur Kenntnis, die die EZB und der einheitliche Aufsichtsmechanismus im Bereich der Bankenaufsicht und der Unterstützung der Banken im Euro-Währungsgebiet unternehmen, insbesondere auch den Leitfaden der EZB für Banken zu notleidenden Krediten vom März 2017 und ihre Maßnahmen in Bezug auf einzelne Banken, sowie auch die Billigung des Aktionsplans durch den Rat (Wirtschaft und Finanzen) am 11. Juli 2017, die allerdings unbeschadet der Befugnisse des Parlaments in Bezug auf die Stufe 1 der Rechtsetzung erfolgte; ***bedauert, dass sich die Bemühungen im Hinblick auf den Abbau der Anzahl der im Bankwesen gehaltenen notleidenden Kredite zu einem Angriff auf das Grundrecht auf Wohnraum entwickelt haben, wenn man bedenkt, dass Tausende Haushalte mit niedrigem Einkommen wegen Bankschulden ihren Wohnraum verloren haben oder befürchten müssen, ihn zu***

empfiehlt eine sorgfältige Überwachung der Entwicklungen auf den Immobilienmärkten; weist darauf hin, dass bei allen etwaigen weiteren Maßnahmen den Befugnissen des Europäischen Parlaments Rechnung getragen werden muss;

verlieren; weist darauf hin, dass im Hinblick auf die ordnungsgemäße Umsetzung des Aktionsplans des Rates gemeinsame Anstrengungen der Banken, der Regulierungs- und Aufsichtsbehörden sowie der nationalen Behörden erforderlich sind; fordert, dass sich die aktuellen Stresstests auf ausreichend große Bereiche erstrecken sowie methodische Relevanz und Robustheit aufweisen müssen; empfiehlt eine sorgfältige Überwachung der Entwicklungen auf den Immobilienmärkten; weist darauf hin, dass bei allen etwaigen weiteren Maßnahmen den Befugnissen des Europäischen Parlaments Rechnung getragen werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 4

**Dimitrios Papadimoulis, Patrick Le Hyaric, Matt Carthy, Kateřina Konečná,
Lola Sánchez Caldentey, Marisa Matias, Stelios Kouloglou**
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Bericht**A8-0383/2017****Jonás Fernández**

Jahresbericht 2016 der Europäischen Zentralbank
2017/2124(INI)

Entschließungsantrag**Ziffer 44***Entschließungsantrag**Geänderter Text*

44. fordert die EZB auf, sicherzustellen, dass die Mitglieder des Ausschusses für die interne Prüfung unabhängig sind; fordert die EZB auf, die Erklärungen der Mitglieder des EZB-Rates über deren finanzielle Interessen zu veröffentlichen, um Interessenkonflikten vorzubeugen; fordert die EZB mit Nachdruck auf, dafür zu sorgen, dass der Vorsitz des Ethikausschusses nicht von einem ehemaligen Präsidenten oder ehemaligen Mitgliedern des EZB-Rates und generell nicht von Personen übernommen wird, die Interessenkonflikte haben könnten; fordert den EZB-Rat auf, dem Statut der Beamten der Europäischen Union und den Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Union und dem Verhaltenskodex Rechnung zu tragen und seinen Mitgliedern nach dem Ende ihres Mandats eine zweijährige Karenzzeit aufzuerlegen; weist mit Nachdruck darauf hin, dass die Mitglieder des Direktoriums der EZB von einer gleichzeitigen Mitgliedschaft in Gremien oder sonstigen Organisationen absehen sollten, zu denen Führungskräfte in von der EZB beaufsichtigten Banken gehören;

44. fordert die EZB auf, sicherzustellen, dass die Mitglieder des Ausschusses für die interne Prüfung unabhängig sind; fordert die EZB auf, die Erklärungen der Mitglieder des EZB-Rates über deren finanzielle Interessen zu veröffentlichen, um Interessenkonflikten vorzubeugen; fordert die EZB mit Nachdruck auf, dafür zu sorgen, dass der Vorsitz des Ethikausschusses nicht von einem ehemaligen Präsidenten oder ehemaligen Mitgliedern des EZB-Rates und generell nicht von Personen übernommen wird, die Interessenkonflikte haben könnten; fordert den EZB-Rat auf, dem Statut der Beamten der Europäischen Union und den Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Union und dem Verhaltenskodex Rechnung zu tragen und seinen Mitgliedern nach dem Ende ihres Mandats eine zweijährige Karenzzeit aufzuerlegen; weist mit Nachdruck darauf hin, dass die Mitglieder des Direktoriums der EZB von einer gleichzeitigen Mitgliedschaft in Gremien oder sonstigen Organisationen absehen sollten, zu denen Führungskräfte in von der EZB beaufsichtigten Banken gehören; **fordert den Präsidenten der EZB auf, der**

***Empfehlung der europäischen
Bürgerbeauftragten, er solle seine
Mitgliedschaft in der G30-Gruppe
aussetzen und somit die Unabhängigkeit
der EZB erhöhen, Rechnung zu tragen;***

Or. en

31.1.2018

A8-0383/5

Änderungsantrag 5

**Dimitrios Papadimoulis, Patrick Le Hyaric, Matt Carthy, Kateřina Konečná,
Lola Sánchez Caldentey, Marisa Matias, Stelios Kouloglou**
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Bericht

A8-0383/2017

Jonás Fernández

Jahresbericht 2016 der Europäischen Zentralbank
2017/2124(INI)

Entschließungsantrag

Ziffer 45

Entschließungsantrag

45. fordert die EZB auf, präzise Regelungen in Bezug auf Hinweisgeber anzunehmen und zu veröffentlichen;

Geänderter Text

45. fordert die EZB auf, präzise Regelungen in Bezug auf Hinweisgeber anzunehmen und zu veröffentlichen ***und sich dabei auf die Berichte der Kommission, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Bürgerbeauftragten sowie auf das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption zu stützen;***

Or. en

Änderungsantrag 6

Nikolaos Chountis, Patrick Le Hyaric, Matt Carthy, Kateřina Konečná, Marisa Matias
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Bericht

A8-0383/2017

Jonás Fernández

Jahresbericht 2016 der Europäischen Zentralbank
2017/2124(INI)

Entschließungsantrag**Ziffer 46 a (neu)***Entschließungsantrag**Geänderter Text*

46a. verurteilt das spekulative Vorgehen der EZB in Bezug auf die griechischen Staatsanleihen (im Rahmen des Programms für die Wertpapiermärkte (SMP) und der Vereinbarung zu Nettofinanzwerten (ANFA)), die nicht unter die Maßnahme fielen, in deren Rahmen 2012 private Gläubiger für eine Umschuldung herangezogen wurden (Private Sector Involvement – PSI), wodurch das Eurosystem nahezu 6,2 Mrd. EUR Gewinn machen konnte, das griechische Volk aber zusätzlichem finanziellen Druck ausgesetzt wurde; fordert das Eurosystem auf, diesen Gewinn an Griechenland zurückzugeben und dafür keine Bedingungen aufzustellen, damit die Regierung Griechenlands die unhaltbar hohen Primärüberschüsse abbauen kann, die im Rahmen des dritten makroökonomischen Anpassungsprogramms für die kommenden 36 Jahre vereinbart wurden; ist der Ansicht, dass die aus der Rückzahlung von Gewinnen oder unbezahlten Anleihen resultierenden Mittel dafür verwendet werden sollten, die für nach 2018 geplanten Sparmaßnahmen – d. h. die Minderung der Einkommensteuergutschrift und der Renten – zu streichen und die extreme

*Steuerlast der Arbeiter, der Landwirte
und der selbständig tätigen Personen mit
niedrigem Einkommen zu senken;*

Or. en